

// Das Land in der Krise // (S. 2)

// Neue Vielfalt in Brandenburg Nord // (S. 3)



// Vergnatzte Jungs // (S. 6)

Mehr Frieden wagen

Aktuell gibt Deutschland 52,8 Milliarden US-Dollar jährlich fürs Militär aus und ist damit Spitzenreiter aller westeuropäischen Staaten. Die USA fordern von Deutschland sogar noch mehr Geld für Rüstungsgüter auszugeben. Durch den Verkauf von Rüstungsgütern, auch in autoritäre Staaten, unterstützt Deutschland aktiv Kriege und schafft damit Fluchtursachen. Bei den weltweiten Waffen- und Großwaffenlieferungen rangiert Deutschland unter den ersten fünf und gehört damit zu den Exportweltmeistern. DIE LINKE meint, dass das Geld besser anders investiert werden sollte. Hier zwei Beispiele:

- 13 Milliarden würden ausreichen, um z.B. deutschlandweit für alle Fahrgäste kostenlosen ÖPNV anzubieten. Die restlichen knapp 30 Milliarden könnten in den Ausbau der Schienen-, Bus- und Radwegeinfrastruktur gesteckt werden.
- Mit knapp 1,8 Milliarden könnte man ein Jahr lang ein kostenloses Mittagessen in allen Grundschulen anbieten. Nimmt man die Schüler an Gymnasien und Gesamtschulen dazu, kommt man auf Ausgaben von knapp 3,25 Milliarden. Die restlichen 49 Milliarden des Militärhaushaltes könnte man in die Bildungsinfrastruktur investieren.

Wir finden, dass Geld in ein warmes Mittagessen und in Bildung besser investiert ist als in Kriegsgerät und Waffen.

Tobias Bank



Tobias Bank in unserer Stadt; Foto: Werner Müller

Solidarische Gesundheitsversicherung

DIE LINKE möchte die Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland abschaffen und hat ein

Konzept vorgelegt, welches den Krankenkassenbeitrag bei gleichbleibender Qualität für alle senken würde. Demnach würden alle, auch die heute privat Versicherten, in eine Bürgerversicherung entsprechend ihrem gesamten Einkommen aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen einzahlen. Der Beitrag richtet sich damit nach der finanziellen Leistungsfähigkeit: Wer

wenig hat, zahlt wenig, wer mehr hat, zahlt mehr. Denn wegen der Beitragsbemessungsgrenze zahlen Gutverdienende bislang prozentual weniger Beitrag als Schlecht- und Normalverdienende. Das ist ungerecht und muss für eine bessere Qualität der Gesundheitsversorgung für alle verändert werden.

Lesen Sie auch: Krankenhäuser rekommunalisieren (Seite 06)

Tobias Bank

Wussten Sie schon...

...dass Tobias Bank seit 2018 Mitglied des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE ist. Dort ist er vor allem für die Bereiche Kommunalpolitik, Kulturpolitik und Mittelständische Wirtschaft thematisch zuständig. Durch mehrere seiner Initiativen konnte das kommunalpolitische Profil seiner Partei geschärft werden. Als ehrenamtliches Mitglied in der Verbandsversammlung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse und im Aufsichtsrat der Havelbusgesellschaft mbH gewinnt er praktische Einblicke in die zu bewältigenden Herausforderungen der mittelständischen Wirtschaft. Den theoretischen Hintergrund gibt ihm dabei sein abgeschlossenes Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaft.

...dass sich auf Anregung von Tobias Bank im Mai 2019 die Mieterinitiative Elstal gegründet hat. Anlass war eine von ihm initiierte Podiumsdiskussion und Informationsveranstaltung zu den steigenden Mieten in seinem Wohnort. Seit der Gründung unterstützt Bank die Initiative aktiv und leitet häufig deren Sitzungen. Die zunehmende Verdrängung von Menschen durch steigende Mieten, die teilweise extreme Verdichtung auf Kosten der Wohnqualität in einzelnen Wohngebieten und die zu schnelle Bebauung zu Lasten der Einwohnerbeteiligung sowie der sozialen und verkehrstechnischen Infrastruktur treiben ihn noch heute an, zahlreiche kommunalpolitische Initiativen zum Thema Wohnen zu starten und überregional als Berater aufzutreten.

...dass Tobias Bank seit mehr als 20 Jahren politisch aktiv ist. Sein Engagement hat in der Jugendgruppe der PDS in Falkensee begonnen, die er später leitete, bis er in die Kommunalpolitik einstieg. Seit 2008 ist er ehrenamtliches Mitglied der Gemeindevertretung von Wustermark und seit 2010 Mitglied des Kreistages Haveland. Er hat mehrere Bürgerinitiativen, Interessengemeinschaften und Arbeitsgruppen mit gegründet, die stets konkrete Projekte im Blick hatten oder Probleme angehen. Fast nebenbei machte er Abitur, schloss sein Studium ab, ging durchweg arbeiten und wirkte als Historiker. Nun möchte er seine Erfahrungen der unterschiedlichen Ebenen als Kandidat für den Bundestag im Wahlkreis 60 einbringen.

Redaktion HavelBrandung

**Soziale
Gerechtigkeit
wählen:**

DIE LINKE.

Jetzt
Briefwahl!



Linke Digitalpolitik

Anke Domscheidt-Berg (MdB, DIE LINKE.) ist in den Medien regelmäßig als Expertin für Netzpolitik und Digitalisierung präsent. Anders als so manche Hinterbänkler*in tritt sie im Bundestag mit substantiellen Beiträgen in Erscheinung. Hier Auszüge aus ihrer Rede vom 11. Juni 2021:



Anke Domscheidt Berg MdB (DIE LINKE)

- "Wir wollen eine digitale Gesellschaft, in der alle so viel wie möglich davon haben. Uns liegen deshalb vor allem soziale Innovationen am Herzen, Innovationen, die gesellschaftliche Probleme lösen, zum Beispiel die Klimakrise oder Bildungsungerechtigkeit. Deshalb hat die Linksfraktion einen Antrag eingebracht, mit 50 Millionen Euro einen Social-Innovation-Fonds zu finanzieren. Die GroKo hat ihn leider abgelehnt; aber zum Glück ist sie bald Geschichte."
- "Gemeinwohlorientierte Digitalisierung ist allerdings auch nicht möglich ohne einen Zugang zum schnellen Internet für alle. Deshalb haben wir den Antrag Recht auf

schnelles Internet für alle eingebracht mit der Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Gigabitanschluss bis 2030. Auch dieser wurde von der Großen Koalition abgelehnt."

- "Teilhabe heißt für uns aber auch viel Mitgestaltung der digitalen Gesellschaft. Und eine innovationsfreundliche Kultur braucht freien Zugang zu Wissen und Informationen, zu lebenslanger Bildung – kostenfrei, barrierefrei. Den Zugang

zu freiem Wissen brauchen wir in Bildung und Wissenschaft. Wir brauchen offene Daten in der Verwaltung. Wir brauchen Open-Source-Software – viel mehr davon. Deshalb haben wir auch dazu einen Antrag eingebracht; er nennt sich Öffentliches Geld – Öffentliches Gut. Auch dieser Antrag wurde von der Großen Koalition abgelehnt."

- "Innovationen brauchen aber auch fairen Wettbewerb. Deshalb heißt es für uns auch: Digitale Monopole muss man entmachten. – Daher haben wir auch dazu einen Antrag eingebracht, nämlich Digitales Monopoly beenden. Und Überraschung: Er wurde von der Großen Koalition abgelehnt."

- "Die Verbindung von Innovationskultur mit Gemeinwohlorientierung der Digitalisierung, das macht linke Digitalpolitik aus. Deshalb braucht es eine linke Regierung."

Zusammenstellung:
Redaktion HavelBrandung

Land in der Krise?

Die Pandemie ist mittlerweile fast Alltag. Seit mehr als 1 ½ Jahren hält sie uns in Atem. Das Ende ist offen. Klar ist inzwischen, der Weg aus der Krise führt über Impfungen. Deshalb sei hier auch noch einmal dafür geworben, sich impfen zu lassen, um sich selbst und andere zu schützen!



Andrea Johlige MdB (DIE LINKE)

Aber es lassen sich auch schon Lehren aus der Krise ziehen. Die wohl wichtigste: Das Gesundheitssystem darf nicht länger wirtschaftlichen Interessen unterworfen sein. Gesundheitliche Versorgung muss möglichst in öffentliche Hand, weitere Privatisierungen darf es nicht geben und die Finanzierung muss deutlich verbessert werden. Und die Gesundheitsämter müssen gestärkt werden. Es ist ein Skandal, dass das Land die vom Bund für die Gesundheitsämter vor Ort zur Verfügung gestellten und finanzierten neuen Stellen nicht zügig durchreicht, sondern erst einmal eine Arbeitsgruppe gründet und damit verhindert, dass die Stellen umgehend besetzt werden können.

Und auch im Bildungsbereich sind die Probleme deutlich sichtbar geworden. Das Bildungsministerium hat nun den zweiten Sommer in Folge die Ferien (und auch die Zeit dazwischen) verschlafen und so fehlt es auch in diesem Schuljahr an Luftfiltern in den Schulen. Obwohl die Landesregierung eine Kreditermächtigung vom Landtag über 2 Milliarden Euro für das Jahr 2020 für die Bewältigung der Krise hatte – das nötige Geld wäre also vorhanden gewesen – gibt es bis heute keine Initiative für die flächendeckende Anschaffung von Luftfiltersystemen. Stattdessen werden die Kinder wohl wieder im Anorak und mit Masken in den Klassen sitzen müssen, weil ohne solche Systeme nur das regelmäßige Lüften und das Masken tragen vor Infektionen schützt.

Das sind nur zwei Beispiele, wo die Landesregierung durch Nichtstun glänzt. Die Liste des Versagens ist aber deutlich länger: das Impfchaos, das bei Weitem nicht nur die überlastete Hotline betraf, fehlende Tablets und Endgeräte in den Schulen, mehr als 43.000 nicht bearbeitete Anträge für Quarantäne-Erstattungszahlungen, fehlende Hilfen und damit nicht selten der finanzielle Ruin für Solo-Selbstständige, Kleinstunternehmen usw.

Es braucht endlich eine wirksame Unterstützung der von der Pandemie betroffenen Branchen, auch aus Landesgeldern. Quarantäne-Ersatzzahlungen müssen zügig an die Betroffenen ausgezahlt werden. Es braucht schnell digitale Endgeräte in den Schulen und flächendeckend Luftfilteranlagen in allen Einrichtungen, wo viele Menschen zusammenkommen. Es braucht eine verbesserte Krankenhausfinanzierung, die Verhinderung weiterer Privatisierungen und eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Und vor allem braucht es eine Landesregierung, die in der Krise handelt und nicht monatelang die Probleme vor sich her schiebt.

Andrea Johlige, MdB

Für die Kleinen – nicht die Großen!

Zu den größten Verlierer:innen der Pandemie zählen Kinder und Jugendliche. 14 Millionen Kinder und Jugendliche saßen über weite Teile der letzten anderthalb Jahre zu Hause. Bildungseinrichtungen werden bei Ansteigen der Infektionszahlen stets als erstes geschlossen. Kitas sind in der Öffentlichkeit zu reinen Betreuungseinrichtungen degradiert, doch findet besonders dort Bildung statt. Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gelten längst als „nice to have“ und nicht als elementare Bestandteile des Sozialstaates. Das Interesse der Bildungsminister:innen liegt fast ausschließlich auf Abiturprüfungen und Schulabschlüssen. Was für ein Irrsinn! In der Folge leiden Kinder und Jugendliche überproportional häufig an Ängstlichkeit und Depressionen. Übergewicht und Essstörungen nehmen zu, Sport und Bewegung ab –



Norbert Müller MdB (DIE LINKE)

immer weniger Kinder sind in einem Sportverein Mitglied. Arme Kinder und Jugendliche sind besonders stark betroffen. Zwei Millionen von ihnen haben nicht einmal ein eigenes Kinderzimmer, auch keines mit den Geschwistern zusammen. Vor allem beengte Wohnverhältnisse sind Treiber der Pandemie.

Die Bundesregierung scheint immer noch darauf zu warten, dass die Pandemie einfach endet und alles wird wie vor-

her. Aber auch vor der Pandemie war eben vieles nicht gut. Über zwei Millionen Kinder waren auch da schon arm, Jugendverbände und die Kinder- und Jugendarbeit chronisch unterfinanziert. Zugleich unterstützt der Staat sehr gut verdienende Familien um bis zu 100 Euro pro Monat und Kind mehr als Familien mit durchschnittlichen.

Dabei mangelt es der Bundesregierung an vielem, nur nicht am Geld. Doch ist es ungerecht verteilt. Wir wehren uns dagegen, dass die Krisenkosten wieder von den „kleinen Leuten“ bezahlt werden sollen. Wir wollen, dass für eine gerechte Gesellschaft endlich die Großen zur Kasse gebeten werden – und damit sind nicht die Eltern und Großeltern gemeint!

Norbert Müller (MdB, Vorsitzender der Kinderkommission)

Mehr Steuergerechtigkeit

Wir brauchen endlich wieder eine Vermögenssteuer und einen angemessenen Spitzensteuersatz, damit die Kosten des Gemeinwesens gerecht verteilt werden. In Deutschland kommen die 119 Milliardäre aktuell auf ein Gesamtvermögen von über 595 Milliarden Dollar. Im Frühjahr des vergangenen Jahres waren es noch rund 501 Milliarden. Innerhalb von 18 Monaten haben trotz der Corona-Pandemie also weniger als 120 Menschen in Deutschland ihr Vermögen um 94 Milliarden steigern können. Andererseits werden Pflegekräfte mies bezahlt, immer wieder werden Schwimmbäder geschlossen, weil sie nicht wirtschaftlich sind, und es kann nicht jedem Kind ein warmes Mittagessen garantiert werden. Ich halte das für ungerecht und setze mich daher für mehr Steuergerechtigkeit ein.

Tobias Bank

Wohnprojekte für alle Altersgruppen

Über die Wohnqualität in Brandenburg an der Havel zu sprechen, ist ein ur-linkes Anliegen. Gerade in den Stadtteilen ist es wichtig, Projekte für und mit den Menschen zu entwickeln.

Zwei Entwicklungen begrüßen wir sehr: Die Bemühungen der Wohnungsunternehmen um den Stadtteil Nord (siehe unten stehender Bei-

trag von Matthias Osterburg, auch Co-WBG-Vorstand) und die 24-Stunden-Kita am Gallberg, vorangetrieben von der Lebenshilfe e.V. mit ihrem 1. Vorstand Matthias Pietschmann, der für die LINKEN in der SVV sitzt und den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen leitet.



Foto: Werner Müller

Die 7,8 Mio. teure, auf Sport, Gesundheit und Naturwissenschaften orientierte 24-Stunden-Kita - hier ein Foto von der Baustelle - soll noch in diesem Jahr eröffnet werden. Die 2.800 Quadratmeter Nutzfläche verteilen sich auf 77 Räume im Erdgeschoss und 57 Räume im Obergeschoss. Da ist Platz für insgesamt 204 Krippen-, Kita- und Hortplätze. Im Außenbereich entsteht ein Berg zum Klettern und Rodeln, ein Bolzplatz, eine Obstbaumwiese mit Grillplatz, ein Naschgar-

ten mit Bienenhaus und zwei Rutschen, die aus dem Obergeschoss zum Hof führen.

Die Kita ist das jüngste Projekt der Lebenshilfe Brandenburg. Seit vielen Jahren erfolgreich ist auch die Werkstatt für Menschen mit Behinderung, ein Getränkemarkt, zwei Büchertauschboxen und der Weinberg Gollwitz.

Redaktion HavelBrandung

Das Wohngebiet Nord im Wandel

Das Wohngebiet Brandenburg-Nord ist ein junges und altes Gebiet zugleich. Seine Geschichte ist noch kurz. Mit Beginn der 1960er Jahre wurde der Stadtteil komplett neu von der damaligen Stadt entwickelt und aufgebaut. Die Geschichte des Wohnungsbaus der DDR spiegelt sich in ihm wieder. Von der Großblockbauweise zum industriellen Plattenbau. Alle Typen sind in Nord vertreten. Außerdem wurde ein Stadtteilzentrum am Markt geschaffen, wo sich Kaufhalle, Dienstleistungskomplex, Ambulatorium und markante Hochhäuser trafen. Zwei Nebenzentren ergänzen die Versorgung des Stadtteils. In fortentwickelter Form existieren die Zentren noch heute. Auch alle Schulformen von Grundschule bis Gymnasium sowie mehrere Kitas finden sich im Stadtteil. Es existiert betreutes Wohnen und eine Wohnstätte der Lebenshilfe.

Fortentwickelt wurde und wird auch der Wohnungsbe-



Neue Lebensräume in Nord; Foto: Werner Müller

stand. Die typischen Zweieinhalb-Raum-Wohnungen mit 60 m² und die Zwei-Zimmer-Wohnungen mit 50 m² treffen heute nicht mehr so oft den Bedarf.

Dadurch und weil die erste Bewohnergeneration mittlerweile sehr alt geworden ist, hat ein umfassender Bewohnerwechsel in Nord begonnen. Zum Teil ist auch etwas Leerstand entstanden.

Die Wohnungsunternehmen arbeiten dem entgegen. Sie

richten viele Wohnungen umfassend her. Die Wohnungsbaugenossenschaft Brandenburg eG (WBG) hat schon 2016 erstmals ein ganzes Haus in der Nikolaus-Halem-Straße 10-16 leer gezogen, um es innen völlig umzubauen, z.B. zu Drei-Raum-Wohnungen mit 75 m² und Wohnküche. Zudem entstehen große Wohnungen mit 90 m² und 105 m² für Familien. Aber auch in den Bestandshäusern tut sich einiges. Aufzüge wurden an einigen Häusern ins-

talliert. Bestandsbewohner können ihr Bad von Wanne auf Dusche umbauen lassen. Auch die Wobra wird bald erneut umfassend sanieren und im Dosseweg 6-10 beginnen. Auch dort entstehen Wohnungen mit neuen Zuschnitten und es werden Aufzüge angebaut.

Dadurch gelingt es, neue Interessentengruppen nach Nord zu ziehen. Es gibt wieder mehr Kinder im Stadtteil. Die Spielplätze werden wieder gebraucht.

Die Alten und Pflegebedürftigen werden dabei nicht vergessen. Die WBG hat z.B. in der Emsterstraße mitten im Stadtteil eine Tagespflege mit Begegnungsstätte errichtet, die vom Senioren- und Pflegezentrum Brandenburg betrieben wird.

Dabei bleiben die Mieten bezahlbar. Ab knapp unter 5 €/m² kalt kann man immer noch eine frisch renovierte Wohnung erhalten.

Gerade der öffentliche Raum

muss in den nächsten Jahren noch weiter gestaltet werden. Mit dem grünen Band vom Marienberg zum Silokanal und dort am Ufer entlang entstehen Bereiche mit guter Aufenthaltsqualität. Sie stärken das Wohnen im Grünen. Denn das bietet der Stadtteil. Die Bäume sind groß, die Höfe licht und der Weg zum Wasser kurz.

Das macht das Wohnen im Stadtteil besonders attraktiv. Gleichzeitig ist die Brandenburger Innenstadt nah und mit dem Fahrrad, zu Fuß oder dem Bus schnell zu erreichen. Kurz gesagt: Brandenburg muss an der Weiterentwicklung des Stadtteils dran bleiben. Dann ist er aber Geheimfavorit für bestes Wohnen nahe der Innenstadt.

Matthias Osterburg

Wie steht es mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention?

"Ja, mach nur einen Plan! Sei nur ein großes Licht! Und mach dann noch 'nen zweiten Plan, gehn tun sie beide nicht", dichtete Brecht in seinem "Lied von der Unzulänglichkeit menschlichen Strebens". Manchmal fühlt man sich von der Botschaft dieses Songs eingeholt, wenn man den lokalen Teilhabeplan für Brandenburg an der Havel studiert. Seine Erarbeitung wurde im Jahre 2014 von der SVV beschlossen, und zwar einstimmig. Wie ist nach sieben Jahren der Stand der Umsetzung? Die Grundrechte für Menschen mit sichtbaren und nicht sichtbaren Behinderungen sind im Alltag leider noch längst nicht überall gewährleistet. Aber es gibt doch schon einige positive Beispiele, die wir hier gern nennen wollen:

An Kreuzungen und Straßenüberwegen wurde das Blindenleitsystem installiert, um so blinden und sehbehinderten Menschen das Überqueren der Straßen zu erleichtern. Bordsteine wurden abgesenkt, so dass Menschen, die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind, außerdem Personen mit Kinderwagen und andere mobilitätseingeschränkte Mitbürger besser am Straßenverkehr teilnehmen können. Lichtsignalanlagen wurden mit Tastern ausgerüstet, so dass sehgeschädigte Menschen gefahrloser die Straßen überqueren können. Auch unsere Verkehrsbetriebe tun viel dafür, um in Bahnen und Bussen sowie an den Haltestellen - wie im Bild - die Barrierefreiheit zu gewährleisten.



Soweit die positiven Beispiele. Leider gibt es

aber immer noch zu viele negative Beispiele, auch in unserer Havelstadt. Die Markierung von Treppen, die Absenkung von Borden lässt an vielen Stellen immer noch zu wünschen übrig. Ein konkretes Beispiel ist der Gehweg in der Ritterstraße, Richtung Altstädtischer Markt (Giebelseite Bibliothek). Hier müssen sich Rollatoren- und Rollstuhlfahrer an den Blumenkübeln vorbeischlängeln. Dies birgt reichlich Unfallgefahr in sich.

Ein sehr negatives Beispiel zeigte sich im vergangenen Winter, als mal wieder Schnee lag. Die Räumung des Schnees an den Übergängen ist leider nicht erfolgt, trotz eines Schreibens an die Verwaltungsmitarbeiter der zuständigen Stellen. Warum nicht? Die Bürger unserer Stadt, insbesondere die mobilitätseingeschränkten, kämpften mit großen Schwierigkeiten.

Man könnte hier weitere Negativbeispiele aufzählen, aber wir wollen es bei diesen belassen.

Die Durchsetzung der Grundrechte und die damit verbundenen Probleme von Menschen mit Behinderungen werden jedes Jahr zum Europäischen Protesttag am 5. Mai und zum Weltbehindertentag am 3. Dezember erörtert. Aber eine wirkliche Gleichberechtigung der Menschen mit Behinderungen - und damit die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention - ist noch nicht in Sicht. Sie ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche unserer Gesellschaft.

Kerstin Huch und Herbert Liebenow

"...sie ist entzwei, sie ist entzwei, wir woll`n sie wieder flicken."



Foto: Werner Müller

Die Liste der Brücken, die sich in unserer Stadt über die Havel und ihre Kanäle und Nebenarme spannen, ist lang. Mit mehr als 100 Brücken ist Brandenburg die brückenreichste Stadt im Land und trägt den inoffiziellen Titel "Havel-Venedig" durchaus zu Recht.

Was so manchen Touristen in Entzücken versetzt, macht die Bürger der Stadt von Zeit zu Zeit ratlos bis wütend: Irgend eine der Brücken ist immer Baustelle und schränkt den reibungslosen Verkehr mehr

oder weniger stark ein. Wer nun aber glaubt, mit dem 45-Millionen-Euro-Neubau der Brücke "20. Jahrestag" (siehe Foto oben links) sei für alle Verkehrsteilnehmer der Gipfel der Zumutbarkeit erreicht, der irrt leider. Eine Teilfreigabe der neuen Brücke wird nicht vor der zweiten Hälfte 2023 stattfinden, gleichzeitig sollen 2022 gleich drei weitere Brücken erneuert werden.

Weil die Zuständigkeiten für den Brückenbau nicht immer bei der Stadt liegen - für die Brücke "20. Jahrestag" ist z.B.

der Landesbetrieb Straßenwesen zuständig - kann die Kommune die Planungsabläufe auch nur teilweise bestimmen.

Wie die neue Brücke am Ende heißt, ist noch offen. Ein Vorschlags- und Mitspracherecht der Bürger*innen der Stadt wäre auf jeden Fall wünschenswert.

Redaktion HavelBrandung

"Eine Seefahrt, die ist lustig"

Endlich war mal wieder eine gemeinsame Unternehmung möglich! Der LINKEN-Kreisverband hatte Mitglieder und Sympathisanten zwischen 8 und 80+ zu einer Schiffsparty auf der Havel eingeladen "und alle, alle kamen" (Marc Aurel). Da wurden in bester Laune und bei durchwachsenem Wetter die neusten Neuigkeiten ausgetauscht, Geburtstage nachgefeiert und natürlich die aktuellen politischen Ereignisse diskutiert. Mit an Bord war unser Kandidat (Wahlkreis 60) für den Bundestag, Tobias Bank.



Redaktion HavelBrandung

Foto: Christin Willnat

Wann wird nukleare Abrüstung endlich Realität?

Am 6. August 1945 fiel erstmals in der Menschheitsgeschichte eine Atombombe auf eine Stadt – abgeworfen von US-amerikanischen Truppen auf das japanische Hiroshima. Nur drei Tage später erfolgte der Abwurf auf das 400 Kilometer entfernte Nagasaki. Über 200.000 Menschen, nahezu ausnahmslos Zivilisten, starben unmittelbar und in den Wochen nach dem militärisch völlig sinnlosen Atomwaffeneinsatz. Die Zahl der Opfer, die aufgrund der Langzeitfolgen zu beklagen sind, lässt sich kaum schätzen. Es wurden Bücher über die

Schrecken der Atombombenabwürfe geschrieben, Filme gedreht, Lieder komponiert – und Hunderttausende Gräber gegraben. Trotzdem ist die Bedrohung durch Nuklearwaffen noch immer nicht gesunken. Obgleich die Zahl der Kernsprengköpfe in den vergangenen Jahren reduziert wurde, lagern noch immer 13.000 Atomwaffen in den Arsenalen der offiziellen und inoffiziellen Kernwaffenstaaten; über 91 Prozent davon in den USA und Russland. Nicht wenige der Systeme wurden inzwischen modernisiert oder werden an modernste Trägermittel, wie

zum Beispiel Drohnen, angepasst.

Einher ging dies mit der Aufkündigung von Abkommen zu Abrüstung und Rüstungsbegrenzung durch US-Präsident Trump. 2019 stieg Washington aus dem INF-Vertrag über das Verbot landgestützter nuklearfähiger Kurz- und Mittelstreckenwaffen aus; um die Verlängerung des New-Start-Vertrags, mit dem die interkontinentalen Atomwaffen Russlands und der USA reduziert werden sollen, über den Ablauf im Februar 2021 hinaus wird derzeit gerungen.



Es gibt jedoch auch Anlass zur Hoffnung. Der am 7. Juli 2017 angenommene Atomwaffenverbotsvertrag verbietet Entwicklung, Produktion, Stationierung und natürlich Einsatz von Kernwaffen. Weit über 100 Staaten hatten ihn in der UNO angenommen, er

könnte Ende dieses Jahres in Kraft treten. Die Atomwaffenstaaten allerdings verweigern ihre Unterschriften. Dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Nationen nach nuklearer Abrüstung werden sie sich auf Dauer jedoch nicht verweigern können. Der 75. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki wäre ein guter Anlass, diese Verantwortung wahrzunehmen. Nicht zuletzt würden damit auch Mittel frei, um die Entwicklungsziele der UN wie vorgesehen bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Denn dafür braucht es jeden Dollar, Rubel, Euro ...

Helmut Scholz (MdEP)

Linksjugend ['solid] Brandenburg Nichts zu verlieren - eine Welt zu gewinnen



Wir, die Linksjugend ['solid] Brandenburg, sind ein feministischer, antikapitalistischer, antifaschistischer, emanzipatorischer, inklusiver und ökologischer Jugendverband. Als dieser wollen wir diskutieren, provozieren und streiten. Dies tun wir zu jeder Gelegenheit, solidarisch an der Seite unserer Mutterpartei, aber begleiten interne Vorgänge und all ihre Handlungen kritisch.

Diese Solidarität trägt Früchte. In den letzten Jahren schufen wir eigene Kampagnen, um Wahlkämpfe zu begleiten und eine glaubwürdige linke Jugendperspektive im demokratischen Diskurs zu etablieren. So auch zu dieser Bundestagswahl mit unserer Kampagne "Nichts zu verlieren – eine Welt zu gewinnen". Wir begleiten und gestalten Kundgebungen, Veranstaltungen und parteiliche Arbeit mit, ob im realen oder digitalen Leben. Wir produzieren eigenes Wahlkampfmaterial und brachten uns beim Erstellen des Wahlprogramms der LINKEN aktiv ein.

Die Inhalte müssen stimmen! Sollten mögliche rot-rot-grüne Sondierungsgespräche stattfinden, hat DIE LINKE ihre Verantwortung als einzige friedenspolitische und soziale Kraft im Parlament wahrzunehmen! Diese Felder sind kompromisslos zu vertreten, auch in Hinblick auf die bevorstehende Klimakatastrophe! Kapitalismus in grün, also unsoziale Politik des Wirtschaftswachstums mit ein bisschen grüner Verbrämung, kann die bestehenden Probleme nie beheben! So hat DIE LINKE in und nach einem Wahlkampf die Aufgabe, die potenzielle Koalition selbstbewusst und glaubhaft mitzubestimmen.

Sollten hier die anderen Parteien weiter ihrer bisherigen wirtschaftspolitischen Orientierung treu bleiben, muss DIE LINKE ihre Aufgabe als sozialökologische Kraft aus der Opposition heraus laut und radikal weiterführen.

Linksjugend ['solid]

Volker Braun Das Eigentum

Da bin ich noch: mein Land geht in den Westen.
KRIEG DEN HÜTTEN FRIEDE DEN PALÄSTEN.
Ich selber habe ihm den Tritt versetzt.
Es wirft sich weg und seine magre Zierde.
Dem Winter folgt der Sommer der Begierde.
Und ich kann bleiben wo der Pfeffer wächst.
Und unverständlich wird mein ganzer Text.
Was ich niemals besaß, wird mir entrissen.
Was ich nicht lebte, werd ich ewig missen.
Die Hoffnung lag im Weg wie eine Falle.
Wann sag ich wieder mein und meine alle.

Dieses Gedicht hat seit 1990, dem Jahr seines Erscheinens, viel Aufsehen erregt und wurde binnen weniger Tage in über 50 Printmedien abgedruckt. Der weitsichtige Text bringt u.a. den Zusammenhang zwischen ideellem und materiellem Eigentum zur Sprache.

In Leserbriefen, im Feuilleton und bei den Literaturkritikern kommen bis heute große Ost-West-Unterschiede der Interpretation zum Vorschein. Im Westen wurde und wird der Text eher auf das materielle Eigentum bezogen, das dann auch die ideellen Vorstellungen von der Welt prägte. Das

"sogenannte Volkseigentum", das dem Volk nie wirklich gehört habe, hätte den natürlichen Wunsch nach was Eigenem nie verdrängen können und nun könne es mit der Erfüllung solcher Träume einfach nicht schnell genug gehen, hieß es.

Die Leser im Osten beklagten eher den Verlust einer Utopie, der nicht zuletzt durch das Überangebot an Waren und Sinnesreizen befördert werde, einer Utopie, die sich nun wohl für sehr lange Zeit von selbst erledigt habe.

Uta Sändig

Vergnatzte Jungs



Der Jungsclub in der SVV Brandenburg an der Havel ist empört. Besonders die Herren mit konservativeren Weltansichten können ihren Unmut über ein buntes Stück Stoff kaum verbergen. Ein paar farbenfrohe Streifen, die zusammen eine Regenbogenfahne ergeben. Diese sollte auf Antrag der LINKEN vor dem Rathaus gehisst werden. Aber Mann stimmte mehrheitlich dagegen. Warum eigentlich? War etwa das eigene Unvermögen zu Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Lebensweisen schuld? Aber nein! Schuld waren die anderen, die Provokateure, die dieses neumodische Thema anschleppten, so dass sich die Hemdenträger zu diskriminierenden Aussagen hinreißen ließen.

Männlich verständlich war die Reaktion eines Herrn Schaffer, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender der Christdemokraten, auf den Überfall mit diesem Thema. Homosexuelle seien ja ganz okay, so lange "diese Menschen" nicht straffällig würden. War da nicht mal was mit Nächstenliebe? Aber die hat wohl ihre Grenzen bzw. ist nur erlaubt im ultraheterosexuellen Ehebett.

Vermutlich leben die Herren noch in den 80ern, wenn sie das Thema Queer so aus der Contenance bringt. Anders ist kaum erklärbar, dass einer der ältesten Stadtverordneten, Herr Langerwisch vor den Freien Wählern, sich mit hochrotem Kopf bockig über die junge Genossin Sprengel beschwert: "Die hat mich einfach gegendert." Menno, und einmal aufstampfen bitte. Sie habe eingefordert, von ihm nicht "Antragsteller" genannt zu werden, sondern "Antragstellerin", also mit dem grammatisch korrekten Wort bezeichnet zu werden.

Eine Deutschstunde von einer jungen Linken verträgt so manches Männerego wohl nicht. Da stimmt man halt aus Gnatz gegen den ganzen Antrag. Hoffen wir, dass die Freien Wähler nicht auch andere Entscheidungen so furchtbar emotional, quasi mit weiblicher Unvernunft, treffen. Immerhin ist Sprache, zumal die Muttersprache, ja eine Domäne der Männer. Wie anders ist zu erklären, dass ihr leidenschaftlicher Feldzug gegen ein kleines Satzzeichen dem Kampf gegen den Untergang der Zivilisation gleicht. Von so einer gemeinen Hexe - manchmal möchte man sich das Mittelalter zurück wünschen - lässt Mann sich ungern belehren. Auch wenn sie ja irgendwie recht hat - aber das zuzugeben würde seine Autorität untergraben. Man möchte ja in Zukunft auch nicht als Frau Langerwisch angesprochen werden... Wobei, einen Versuch wäre es wert. Der nächste Aufreger wäre auf jeden Fall vorprogrammiert.

Ronja Arcus

Krankenhäuser rekommunalisieren

Seit vielen Jahren werden Krankenhäuser durch Fallpauschalen und Kostendruck in die Situation gebracht, die eigene Arbeit an betriebswirtschaftlichen Kriterien statt an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. Pflege-

notstand, unbesetzte Planstellen, die Schließung von ganzen Krankenhausstationen sowie Versorgungslücken gehören zu den Folgen. Diese sind gerade jetzt in der Corona-Pandemie besonders deutlich zu spüren. Für mich sind

Patient:innen keine Abrechnungsziffern, die zwischen Gewinninteressen auf der einen und Sparzwang auf der anderen Seite zerrieben werden. Die bisherigen Bundesregierungen haben durch den Wettbewerb im Gesundheitswesen die Gesundheitsversorgung immer weiter ökonomisiert. Damit muss Schluss sein, denn Gesundheit ist keine Ware. Krankenhäuser sollten daher in die öffentliche Hand überführt und rekommunalisiert werden. Außerdem müssen die Lohnunterschiede zwischen Ost und West endlich abgeschafft werden. Ostdeutsche dürfen nicht weiter Arbeitnehmer zweiter Klasse sein.



Asklepiosklinikum; Foto: Werner Müller

Tobias Bank

Wer hat die "Definitions-macht"?

Aus unserer Rubrik "Im Lexikon geblättert"

Das zusammengesetzte Wort hat noch nicht Einzug gehalten in die normalen Wörterbücher, wird aber zunehmend häufig von den Medien und verschiedenen Fachdisziplinen gebraucht. Es geht um das Recht/die Autorität/den nötigen Einfluss, über eine Sache/ein Phänomen eine gültige Aussage zu treffen.

Häufig hört man, die Definitions-macht über das Leben in der DDR liege noch immer im Westen. Warum ist das so? Wie jede Macht ist auch die Definitions-macht keine rein ideelle Größe, die man durch geschickte Überzeugungsarbeit etablieren könnte, sondern sie basiert auf handfesten materiellen Tatsachen. Wer zahlt, schafft an, weiß schon der Volksmund. Die herrschende Sicht der Dinge ist nicht zu trennen von der Frage, in wessen Händen sich der Reichtum konzentriert, wie das Eigentum verteilt ist, wo sich die Schaltzentralen der Macht befinden und wer da an den Hebeln sitzt. Solange die Antworten darauf überwiegend im Westen Deutschlands zu suchen sind, wird man viel Selbstbehauptungswillen aufbringen müssen, um dessen einseitige Sichtweise in Zweifel zu ziehen. Nach wie vor wird man von meinungsstarken Mitbürgern der Ostalgie bezichtigt, wenn man z.B. fragt:

Geschah denn in dem "Unrechtsstaat" DDR ausnahmslos Unrecht? Und triumphierte im "Rechtsstaat" BRD ausnahmslos das Recht, ohne Ansehen der Person? Wer da mit Nein antwortet, ist auf dem besten Wege, sich die Definitions-macht zurückzuerobern.

Uta Sändig

So geht Wahlkampf von unten

Damit hatten die Verantwortlichen nicht gerechnet: Ein "Erklärfilm" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sollte eigentlich die vermeintlichen Vorzüge des Sonderbefristungsrechts in der Wissenschaft herausstellen, wie sie



seit 2016 in einem "Wissenschaftszeitvertragsgesetz" (WissZeitVG) festgeschrieben sind und unter Corona-Bedingungen noch einmal verschärft wurden. Um mehr Akzeptanz für dieses Gesetz zu erlangen, erklärt die Cartoon-Figur Hanna, wie gut es sich angeblich mit dem WissZeitVG lebt.

Betroffene aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen sehen das aber ganz anders. Sie leiden unter der ausufernden Befristungspraxis und lassen sich ihre miesen Arbeitsverträge und prekären Beschäftigungsbedingungen nicht schönreden. Um zu zeigen, wie dieses Gesetz die Arbeitsrealität von "Hanna" tatsächlich beeinflusst, erzählen angehende Wissenschaftler:innen unter dem Hashtag #ichbinhanna auf Twitter von ihrem stressigen Alltag und ihrer ungewissen Zukunft. Mittlerweile erklärten Tausende junge Forscher*innen, auch "Hanna" zu sein https://twitter.com/ichbin_hanna. Die Gewerkschaften, allen voran die GEW, haben die Proteste aufgegriffen und Kampagnen organisiert, z.B. "Entfristet Hanna!". Das BMBF hat den Video-Clip inzwischen von seiner Website entfernt.

Uta Sändig

Rot: gesund, bekömmlich, scharf - Peperonata dolce

Aus unserer Rubrik: Kochen mit links

(Rezept der Fattoria La Violla/Italien)

Zutaten :

1 kg rote und gelbe Paprikaschoten;
400 g Rohrzucker; 1 Chilischote; Salz



Zubereitung :

Paprika waschen und, nachdem alle Kerne und weißen Sehnen entfernt sind, in Stücke schneiden, mit 6 EL Wasser, 1 Prise Salz und der Chilischote im geschlossenen Topf andünsten, bis der Paprika weich ist; mit der „Flotten Lotte“ passieren (oder durch ein grobes Sieb streichen); den passierten Paprika mit dem Rohrzucker aufkochen, öfter umrühren, bis er eingedickt ist.

Die Paprikamarmelade passt gut zu Käse und gesalzener Butter.

Elke Kroll

Wieder mal was Schönes lesen? Diesmal empfehlen wir die folgenden drei Titel



Petra Pau: "Gott hab sie selig. Neue Anekdoten von anomal bis digital"

Die dienstälteste Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages hat zum zweiten Mal zugeschlagen und ihre Erlebnisse als Abgeordnete, gelernte DDR-Bürgerin und Ur-Berlinerin zu kurzweiligen Anekdoten verdichtet. Die handeln wieder vom Politikbetrieb, diesmal unter

Corona-Bedingungen, und nicht zuletzt von linken Gedankengebäuden zwischen Pragmatismus und Utopie. Irre ich mich, oder ist der Ton in eigener, linker Sache ironischer geworden? Etwa wenn Pau über die Zögerlichkeit spricht, mit der das Thema Digitalisierung angepackt wurde. Eine diesbezügliche Debatte musste von der Tagesordnung genommen werden, weil die Mehrheit der LINKEN ein weiteres Mal über offene Grenzen sprechen wollte. Pau: "Die Medien brauchten sich von da an nichts Schräges mehr auszudenken. Ihnen wurde alter Zoff neu und frei Haus geliefert."

Tobias Bank (Hrsg.): "Kabinetttstücke - Exponate zur Geschichte der DDR"

Mit 14 Jahren fing Tobias Bank an, Devotionalien aus der DDR zu sammeln. Seit

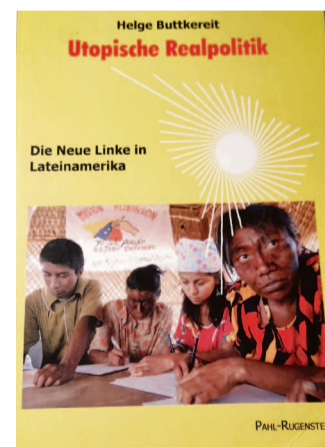


2006 stellt er diese in verschiedenen Ausstellungen aus und der Öffentlichkeit zur Verfügung. Mit seinen Ausstellungen war er schon in fast allen Landkreisen Brandenburgs unterwegs. Unter anderem stellte er im Kreiskulturhaus Rathenow, in der Urania Potsdam und im Kunstarchiv Beeskow aus. Da seit Corona keine Ausstellungen mehr stattfinden, gab er im 30. Jahr der Deutschen Einheit einen Ausstellungskatalog mit dem Titel „Kabinetttstücke - Exponate zur Geschichte der DDR“ heraus. In dem Katalog werden mehr

als 50 Exponate aus seiner Sammlung vorgestellt. Der Katalog kann im nd-Shop bestellt werden.

Helge Buttkereit: "Utopische Realpolitik. Die Neue Linke in Lateinamerika"

Buttkereit ist überzeugt: "Die Entwicklungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador oder Chiapas können die erlahmte Bewegung für eine bessere Welt auch hierzulande neu in Gang bringen. Sie regen zu praktischer Kritik an den erstarrten alten Linken an und zeigen neue Wege auf." Diese lateinamerikanischen Länder stimmten hoffnungsvoll, weil sie einen "Sozialismus im 21. Jahrhundert" als möglich erscheinen lassen und mit Prinzipien der Selbstorganisation, einer solidarischen Ökonomie und eines neuen Internationalismus von sich reden machen.



Buttkereit betont, dass sein Buch "persönlich und subjektiv" ist. Er schreibt aus einer wissbegierigen Distanz, denn er hat die analysierten Länder nicht selbst bereist. Gerade deshalb liest sich seine Analyse nicht wie ein Reisebericht, sondern wie ein politisches Sachbuch.

Uta Sändig

Wir sagen Danke!

"Brüder, zur Sonne, zur Freiheit,
Brüder, zum Lichte empor!
Hell aus dem dunklen Vergangnen
leuchtet die Zukunft hervor."

Wir trauern um unsere Genossen

Werner Czech (1. August 1929 - 22. Juni 2021)
Werner Gabrysiak (8. März 1929 - 13. Juli 2021)
Heinz Kulke (4. Januar 1930 - 13. Juli 2021)

Sie blieben auch in schwierigen Zeiten den Ideen von Marx, Engels und Lenin treu und haben den Jüngeren in der Partei DIE LINKE ihr Wissen und ihre Erfahrungen gern zur Verfügung gestellt.

Sie werden uns fehlen.
Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Redaktion HavelBrandung

Was? Wann? Wo?

Die Wahlen zum Deutschen Bundestag werfen ihre Schatten voraus. Soweit nicht Corona Veränderungen notwendig macht, finden im September folgende Infostände und Veranstaltungen statt:

04.09.2021 - 10.00 Uhr - Infostand Neustädtischer Markt
ab 14.00 Uhr Infostand vor dem Slawendorf
09.09.2021 - 8.00 Uhr - Infostand Stadtteil Nord, Markt
11.09.2021 - 10.00 Uhr - Tobias Bank (Bundestagskandidat für WK 60)
steht für Gespräche in der Geschäftsstelle zur Verfügung
13.09.2021 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
17.09.2021 - 14.00 Uhr - Gerechtigkeitstour, Neustädtischer Markt
19.09.2021 - 18.00 Uhr - Vorstandssitzung
22.09.2021 - 15.00 Uhr - Kranzniederlegung "Gertrud Piter" Nicolaiplatz
23.09.2021 - 8.00 Uhr - Infostand Stadtteil Nord, Markt
24.09.2021 - 5.30 Uhr - Infostand Hauptbahnhof
25.09.2021 - 10.00 Uhr - Infostand Neustädtischer Markt
27.09.2021 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung

Änderungen vorbehalten!

Bilderrätsel

Ehemalige Betriebe in Brandenburg an der Havel

Vor 35 Jahren waren nicht nur die Großbetriebe SWB und Getriebewerke sowie die großen Baubetriebe WBK, Tiefbau, BMK Ost und LBK in Brandenburg/Havel ansässig, es gab auch eine Menge Klein- und Mittelbetriebe. Zu dieser Zeit herrschte oft ein großer Bedarf an Arbeitskräften. Eine neue Arbeitsstelle zu bekommen war nicht sonderlich schwer und viele Werkstätige blieben ihrem Betrieb ein Leben lang treu.

Noch heute finden wir viel Gebäude in unserer Stadt, die von einer guten Zeit der Industrie berichten. In unserem Bilderrätsel wollen wir wissen: Welche vier Betriebe waren in den vier abgebildeten Gebäuden untergebracht? Ordnen Sie zu.

- | | |
|-------------------|---------------------------|
| a) Baurep | f) Feinjute |
| b) Braki | g) Kammgarnspinnerei |
| c) Brieletta | h) Konsü |
| d) Chemiehandel | i) Molkerei |
| e) Elisabethhütte | j) mechanische Spielwaren |



Text und Fotos: Werner Müller

Wir wünschen unseren Rätselfüchsen viel Glück. Am 30. November 2021 ist Einsendeschluss. Wie immer verlosen wir unter den Gewinnern drei City-Schexs.

Auflösung des Bilderrätsels der Ausgabe 1/2021

Im letzten Bilderrätsel wollten wir wissen, wie die abgebildeten Straßen im Wandel der Zeiten benannt waren und sind. Dazu hatten wir eine Auswahl von zehn Namen von Straßen unserer Stadt vorgegeben. Natürlich wussten unsere Rätselfüchse Bescheid. Hier nun die Auflösung – jeweils zuerst der alte Straßenname und danach die heutige Bezeichnung.

- | | | |
|-------------------------------------|---|-------------------------|
| Abb. 1. h - Otto-Ganzer-Straße | - | j - Sophienstraße, |
| Abb. 2. b - Georgij-Dimitroff-Allee | - | d - Gördenallee, |
| Abb. 3. a - Ernst-Thälmann-Straße | - | e - Große Gartenstraße, |
| Abb. 4. c - Georg-Schilling-Straße | - | i - Pater-Grimm-Straße. |

Die Gewinner haben inzwischen die CITYSCHEXS erhalten. Die Redaktion gratuliert allen dreien.

Impressum HavelBrandung

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel, Ausgabe 02/2021, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Paulinerstr. 11, 14776 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P.: René Kretzschmar. Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: LR Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, **Auflage:** 15.000 Stück, **Layout:** Druckerei Zuckschwerdt, **Redaktionsleitung:** Dr. Uta Sändig (Text und Gesamtedaktion), Daniel Herzog (Text), Werner Müller (Bild und Koordination), **Redaktion:** Claudia Sprengel, Christin Willnat, Petra Zimmermann, **Fotos:** Werner (1 - 2x)(7), DIE LINKE (2 - 3x), (5), Dr. Uta Sändig (7 - 2x), Sandra Schröpfer (7), **Collage:** Dr. Uta Sändig (6), **Flyer:** DIE LINKE (5), #Hanna (7).

Bitte beachten Sie, dass aufgrund der derzeitigen Ausnahmesituation die Öffnungszeiten variieren können! Bei einem weiteren Shutdown bleibt die Geschäftsstelle vorübergehend geschlossen.

Geschäftsstelle DIE LINKE: Pauliner Str. 11, 14776 Brandenburg an der Havel

Öffnungszeiten: (Lockdown)

- Dienstag und Donnerstag

09:00 bis 17:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Website: www.dielinke-stadt-brb.de

Fax: 03381 / 22 99 61

E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de